

Der Landrat verwies auf den Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 18.05.2022.

KTM Dr. Kuhlmann sagte, seine Fraktion werde die Resolution nicht unterstützen. Es sei zwar richtig, dass ein nachhaltiger und bezahlbarer ÖPNV ein wesentlicher Beitrag für die Klimawende sein müsse. Es sei jedoch falsch, dass die notwendige quantitative und qualitative Verbesserung des Leistungsangebotes immer stärker und ausschließlich offenbar aus Bundesmitteln finanziert werden solle. Wer den ÖPNV wie die Kommunen und Kreise bestelle, der solle grundsätzlich dafür bezahlen. Dieses Bestellerprinzip dürfe, wie in der Resolution mit der dritten Finanzierungssäule gefordert, nicht durchbrochen werden, da ansonsten die Motivation hinsichtlich der Steigerung der Effizienz im ÖPNV schwinden würde.

Bevor weitere Milliarden an Subventionen in den ÖPNV fließen, seien zunächst Strukturreformen wie beispielsweise die Digitalisierung im ÖPNV durch digitale Ticketangebote notwendig. Hier sei vor allem das Land gefragt, welches grundsätzlich für die Finanzierung des ÖPNV zuständig sei.

KTM Steiner wies darauf hin, dass der Fraktionsvorsitzende der FDP im NVR und VRS diese Resolution in abgeänderter Form für den NVR mit einigen Ergänzungen mitgetragen habe.

Es gehe nicht darum, den Bund weiter in die Pflicht zu nehmen sondern den ÖPNV im Rahmen der Daseinsvorsorge sicher aufzustellen und den Menschen die Möglichkeit zu geben, ohne PKW die Stadtzentren zu erreichen. Zudem müsse ein Weg gefunden werden, den ÖPNV so aufzustellen, dass er auch finanzierbar sei. Weiter verwies KTM Steiner auf die geringe Finanzierungsmöglichkeit seitens der Kommunen, sodass von anderer Seite Mittel benötigt werden, um den ÖPNV sicher aufzustellen. Aus diesem Grund sei die Resolution richtig und sinnvoll.

KTM Schäfer sagte, seine Fraktion schließe sich den Ausführungen des KTM Dr. Kuhlmann an. Man halte die Resolution bei der derzeitigen Gestaltung des ÖPNV für wenig sinnvoll und realistisch.

KTM Tandler sagte, die Attraktivität des ÖPNV habe nicht nur mit dem Angebot, sondern insbesondere mit dem Preis zu tun.

Zudem wäre es gut gewesen, wenn man die Fraktionen vorab über die Absicht eines Resolutionsantrages informiert hätte, um möglicherweise gemeinsam diese

Resolution auf den Weg zu bringen. Inhaltlich sei es nämlich eine alte Forderung der SPD-Kreistagsfraktion.

Es mache durchaus Sinn, solche Resolutionen im Kreistag mit möglichst großer Mehrheit zu beschließen. Von daher appelliere er an die FDP-Kreistagsfraktion und gleichzeitig an die Fraktionen von CDU und GRÜNE gemeinsam solche Resolutionen einzubringen.

KTM Kitz bemerkte, die SPD-Kreistagsfraktion sei selbstverständlich eingeladen, dieser Resolution zuzustimmen zumal sie der Resolution inhaltlich beigepflichtet habe.

Weiter wies er auf die steigenden Kosten im ÖPNV hin, sodass eine dritte Säule neben den Mitteln, die die Kommunen zurecht leisten, für die Finanzierung des ÖPNV implementiert werde. Der Rhein-Sieg-Kreis finanziere den ÖPNV gemeinsam mit den Kommunen jährlich mit 50 Millionen Euro. Gleichzeitig seien die Fahrpreise am oberen Limit dessen, was die Fahrgäste bereit sind zu zahlen.

Aus diesem Grund benötige man für einen in der Zukunft noch attraktiveren ÖPNV eine Finanzierung, die auch von Land und Bund unterstützt werde. Denn sonst habe man wenig Chancen, mehr Fahrgäste, eine bessere Qualität und eine höhere Stabilität im ÖPNV zu erreichen.

Von daher könne er nur alle Kreistagsmitglieder auffordern, diese Resolution von CDU und GRÜNE zu unterstützen.

KTM Kemper sagte, Klimaschutz sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sodass er nicht nur von den Kommunen sondern auch von Land und Bund mitfinanziert werden müsse. Ebenso verhalte es sich mit der sozialen Verantwortung im Falle steigender Preise im ÖPNV.

Als die Fraktion DIE LINKE möchte man einen Schritt weitergehen, indem der Teil „Ticketerlöse“ komplett wegfalle und dieser durch Steuermittel des Bundes und der Länder ersetzt werde.

Man betrachte die Resolution als einen ersten Schritt und werde dieser zustimmen.

KTM Dr. Fleck bemerkte, es gehe hierbei um Kosten, die in erster Linie durch Bund und Länder verursacht würden. Die Gesetze würden durch Bund und Länder verabschiedet, jedoch obliege die Finanzierung den Kommunen. Das sei nicht richtig, sodass er der Resolution zustimmen werde.

KTM H. Becker sagte bezüglich des Redebeitrages des KTM Dr. Kuhlmann, dass seine Überlegungen in mehrfacher Hinsicht fehlschlagen und wies darauf hin, dass insbesondere der ländliche Raum im Rhein-Sieg-Kreis bezüglich des ÖPNV Angebotes benachteiligt werde, falls die Kosten weiter steigen und dadurch das Fahrangebot nicht weiter ausgebaut werden könne.

Er wies zudem auf die fachärztliche Versorgung im ländlichen Raum hin, wonach ältere Leute für die Fahrt zum Arzt entsprechende Ticketpreise zahlen müssen. Demnach müsse man das ÖPNV-Angebot verbessern und kostengünstiger gestalten.

Bezüglich der Forderung der Fraktion DIE LINKE hinsichtlich einer Einführung eines „Nullpreistickets“ merkte KTM H. Becker an, dass dieses keine Option darstelle und eher ein Fehlanreiz sei.

Man benötige hingegen den ÖPNV aus dem ländlichen Raum mit guten Verbindungen in die Städte hinein. Wenn man diese Räume nicht langfristig abhängen wolle, benötige man eine Bundes- und Landesfinanzierung als dritte Säule.

KTM Waldästl erinnerte, die SPD- Kreistagsfraktion habe vor einem Jahr einen Antrag bezüglich eines Stopps der Fahrpreiserhöhungen eingebracht, den man gemeinsam mit den Fraktionen von CDU und GRÜNE in einen gemeinsamen Antrag umgewandelt habe. Die FDP-Kreistagsfraktion habe sich seinerzeit ebenfalls nicht dem Antrag angeschlossen.

In dem Antrag seien Land und Bund aufgefordert worden, sich stärker an den Kosten zur Finanzierung des ÖPNV zu beteiligen. Seine Fraktion werde heute der Resolution zustimmen, da man dieselbe Position vertrete wie vor 12 Monaten und der Inhalt fast wortgleich bereits aufgrund des Antrages vor einem Jahr beschlossen worden sei.

Es wäre wünschenswert gewesen, wenn man die heutige Resolution wie bisher gemeinsam auf den Weg gebracht hätte.

Darüber hinaus hoffe er, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Koalition bei der anstehenden Tarifrunde im VRS ebenfalls gegen Fahrpreiserhöhungen stimmen werden.

KTM Steiner bemerkte, die Resolution sei im NVR/VRR nicht zustande gekommen, da sich der VRR nicht einigen konnte. Im VRS sei man sich hingegen einig gewesen. Von

daher hätte er die SPD-Kreistagsfraktion gerne eingeladen, als Antragsteller mit beizutreten und die Resolution schließlich zu verabschieden.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.